



**STADT
ASCHAFFENBURG**

_____ DER OBERBÜRGERMEISTER

Haushaltsrede

des Oberbürgermeisters

Jürgen Herzing

Daseinsvorsorge stärken – Belastungen vermeiden

am Montag, 19. Februar 2024, um 15 Uhr

im Großen Sitzungssaal

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsaufstellungen der Kommunen finden unter ungewöhnlichen Rahmenbedingungen statt. Während in den Vorjahren permanent Krisensituationen bestimmende Faktoren für die Haushaltsberatungen waren, sieht es in diesem Jahr so aus, als sei dies nicht der Fall:

- Die Coronapandemie hat ihren Schrecken verloren.
- Die Lieferkettenengpässe und die Chipkrise sind überwunden.
- Ein Zusammenbruch der Energieversorgung ist nicht zu erwarten.
- Selbst der Anstieg der Anzahl an Geflüchteten führt zwar zu Problemen, die allerdings bislang als noch beherrschbar erscheinen.

Dies korrespondiert mit Steuereinnahmen auf Rekordniveau und nahezu Vollbeschäftigung.

Man müsste also meinen, dass traumhafte Rahmenbedingungen für die Aufstellung von kommunalen Haushaltsplänen bestünden.

Die Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge - angefangen von der Bereitstellung von Schulen und Kindergärten über die Verkehrsleistungen und die Sicherstellung der Abwasserentsorgung bis hin zur Krankenversorgung - dürfte damit eigentlich kein Problem sein.

Diese Annahme passt allerdings in keinsten Weise zu der tatsächlichen Situation in den Kommunen.

Lassen Sie mich dazu ein paar Schlagzeilen aus der Medienberichterstattung unserer Region zitieren:

- Landkreis Aschaffenburg: „Der schwierigste aller bisherigen Haushalte im Kreis Aschaffenburg ist verabschiedet“
- Landkreis Miltenberg: „Sieben Millionen Euro fehlen im Haushalt: Wo der Landkreis Miltenberg sparen will“
- Stadt Alzenau: „Alzenauer Etat 2024: Vom Gestalten zum Verwalten – intensive Haushaltsberatung hinterlässt Spuren.“

Wenn man es allgemeiner haben will, kann man auch auf eine Pressemitteilung des Bayerischen Städtetags vom November letzten Jahres verweisen. Ich zitiere:

„Die Rahmenbedingungen verschärfen sich enorm. Kommunale Haushalte rutschen vereinzelt bereits in bedrohliche Schief lagen. Inzwischen ist in vielen Städten und Gemeinden ein Schmerzpunkt erreicht. In einzelnen Städten müssen schon Haushaltssperren verhängt werden, wie in Straubing und Ingolstadt.“

In eben dieser Presseerklärung führt der Städtetag auch die Gründe für diese Entwicklung an:

- steigende Personalausgaben,
- enorme Kostensteigerungen nicht zuletzt aufgrund der Energiepreise, bei Verwaltungs- und Betriebsaufwand und bei Baumaßnahmen,
- wachsende Sozialausgaben und
- massive Belastungen durch Defizitausgleiche bei Krankenhäusern.

Diese Faktoren sind auch bestimmend für die Rahmenbedingungen des städtischen Haushalts 2024. Bereits anlässlich meiner Rede zum Nachtragshaushalt 2023 hatte ich darauf hingewiesen, dass 2024 ein schwieriges Haushaltsjahr werden wird.

Obwohl sich die Einnahmen auf Rekordniveau bewegen, war zu erwarten, dass zwei wesentliche finanzielle Belastungen die Haushaltssituation 2024 prägen werden:

Zum einen sollte das der deutliche Lohnzuwachs bei den Beschäftigten aufgrund der Tarifabschlüsse sein und zum anderen die hohe Verlustabdeckung für den Klinikumsbetrieb.

Beide Faktoren würden – so hatte ich in Aussicht gestellt – den Überschuss im laufenden Verwaltungsbetrieb, den sogenannten Zuführungsbetrag, vollkommen aufzehren.

Es schien sich abzuzeichnen, dass die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge nicht mehr erfüllt werden könnten, ohne dass über Steuer- und Gebührenerhöhungen die Bürgerinnen und Bürger auf breiter Front belastet werden müssten.

Zunächst sah es so aus, als ob diese düstere Prognose in vollem Umfang eintreffen würde. Die erwarteten Personalkosten stiegen von rund 83 Mio € auf nunmehr 88 Mio €, und das prognostizierte Klinikumsdefizit stieg von rund 16 Mio € im Jahr 2022 nicht

nur auf die ursprünglich befürchteten 30 Mio €, sondern sogar auf ca. 35 Mio € im Jahr 2023.

Bekanntlich muss die Stadt die Hälfte dieses Defizits im Jahr 2024 ausgleichen. Ein Ende dieser Defizite ist auch nicht abzusehen.

Dann gab es aber eine Reihe von unerwartet positiven Entwicklungen: Unser Einkommensteueranteil steigt um 3 Mio € auf 51 Mio € und der Umsatzsteueranteil um 1 Mio € auf 11 Mio €. Beide Faktoren beruhen auf Schätzungen des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung und sind letztendlich von der tatsächlichen Steuerentwicklung abhängig.

Fix ist demgegenüber der Anstieg der Schlüssel-zuweisungen um fast 5 Mio €. Hier hatten wir aufgrund der vorsichtigen Schätzungen des Bayerischen Städtetags nur 1 Mio € mehr einkalkuliert.

Ebenso fix ist die Höhe der Bezirksumlage. Statt einer um 1 Mio € höher erwarteten Abgabe an den Bezirk, konnten wir eine Minderausgabe von 1,4 Mio € wegen einer einmaligen Senkung der Bezirksumlage verbuchen.

Aufgrund dieser außerordentlich positiven Faktoren aber auch aufgrund der Kostendisziplin der städtischen Dienststellen war es möglich, wieder einen Haushalt vorzulegen, der mit einem Überschuss von rund 7,6 Mio € sogar knapp über der Mindestzuführung von 6,6 Mio € liegt, also über dem Betrag, der erforderlich ist, um die laufenden Schuldentilgungsraten zu bedienen.

Lediglich punktuelle Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger war dadurch erforderlich. Freiwillige Leistungen blieben unangetastet.

Wesentlich hierbei war aber auch, dass der Stadtrat bei diesen Haushaltsberatungen auf kostentreibende Anträge verzichtet hat. So wenig Haushaltsanträge gab es seit Jahren nicht. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

Ich hoffe, dass diese Zurückhaltung bei den Haushaltsanträgen nicht nur der kritischen Finanzsituation geschuldet ist, sondern auch dem Bewusstsein, dass dieser Haushalt trotz der schwierigen Finanzlage zentralen politischen Forderungen aus Vergangenheit und Gegenwart in großem Umfang gerecht wird.

Lassen Sie mich diesbezüglich Ihr Augenmerk auf sechs zentrale Bestandteile dieses Haushalts lenken.

Das Klinikum

Beginnen möchte ich mit der Finanzsituation unseres Klinikums. Eine wesentliche Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt seit Monaten, wenn nicht gar Jahren, die finanzielle Situation der Krankenhäuser im Allgemeinen und der kommunalen Krankenhäuser im Besonderen.

Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass eine Vielzahl von Krankenhäusern vor dem finanziellen Kollaps stehen. Besonders betroffen sind die kommunalen Krankenhäuser, die regelmäßig die Grundversorgung sicherstellen und sich nicht auf lukrative Geschäftsmodelle beschränken können. Das Aschaffener Klinikum hat hier keine Ausnahmestellung.

Auch bei uns sind die Verluste innerhalb von 10 Jahren von 0 € auf nunmehr 35 Mio € gestiegen.

Für das Jahr 2024 steht ein möglicher Verlust von 40 Mio € im Raum.

Trotz dieser enormen Belastung für ihre Haushalte stehen Stadt und Landkreis dazu, eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung für ihre Bevölkerung sicherzustellen.

Allein mit dem bereits in Umsetzung befindlichen Zukunftssicherungskonzept und weiteren Restrukturierungsmaßnahmen wird es aber nicht möglich sein, die finanzielle Belastung für die beiden Gebietskörperschaften in zumutbaren Grenzen zu halten. Hier müssen zusätzlich signifikante Entlastungen durch die geplante Krankenhausreform kommen.

Die Schulen

Dauerthema der politischen Diskussion ist des Weiteren der bedarfsgerechte Schulausbau und die Sanierung der bestehenden Schulen.

Mit dem aktuellen Haushalt wird hier ein besonderes Zeichen gesetzt. Mit rund 18 Mio € steht für Schulausbau und Sanierung so viel Geld zur Verfügung wie noch nie. Die Erweiterung und Sanierung des Kronberggymnasiums wird mit 6 Mio € weiter vorangetrieben. Für die Sanierung der Schönbergschule stehen 5 Mio € bereit. Für

die Grünwaldschule werden weitere 2 Mio € zur Verfügung gestellt und die Sanierung der Comeniuschule wird mit einem Finanz-aufwand von einer halben Million Euro planerisch vorbereitet.

Selbst für die Berufsschule I werden rund 1 Mio € in neue Maschinen und die baulichen Anpassungen der entsprechenden Räumlichkeiten investiert.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, dass den Investitionen von 18 Mio € lediglich Zuschüsse in Höhe von 4 Mio € gegenüberstehen.

Auch in den kommenden Jahren werden im Schulbereich hohe Investitionen zu stemmen sein. Neben der Fortführung der bereits laufenden Projekte werden die Erweiterung der Brentanoschule und Investitionen aufgrund der Einführung der Ganztagsbetreuung an Grundschulen in großem Umfang Finanzmittel binden.

Die technische Infrastruktur

Neben den Investitionen in Bildung sind auf allen politischen Ebenen die Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der technischen Infrastruktur Gegenstand intensiver Diskussionen.

War früher auf unserer kommunalen Ebene mit Ringstraße, Bahnparallele und Ortsumgehung Obernau, der Straßenbau der dominierende Bereich bei technischen Infrastrukturmaßnahmen, so liegt seit Jahren der Schwerpunkt bei Investitionen in die Ertüchtigung der Kanalisation.

Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung die missliche Situation beim Becken Willigisbrücke eine besondere Rolle gespielt hat, darf man nicht übersehen, dass die Stadt über die diesjährigen 5 Mio € für das Becken Willigisbrücke hinaus kontinuierlich in die Sanierung ihrer Kanäle und in die Sanierung der Kläranlage investiert.

Allein 1,7 Mio € erfordert die Sanierung des Stauraumkanals in der Elsässer Straße.

Weitere 1,2 Mio € fließen entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom Dezember letzten Jahres in die Planung des Entwässerungssystems Schlossberg.

Zudem wird 1 Mio € für den Hochwasserdamm der Kläranlage bereitgestellt, ein wesentlicher Baustein für die anstehende Neugenehmigung der Kläranlage.

Der Wohnungsbau

Vierter zentraler Diskussionspunkt der vergangenen Jahre ist die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums.

Nach wie vor stellt die Stadt Wohnbaugrundstücke für Einfamilienhausbauten zum Gutachterpreis zur Verfügung. Geschosswohnungsbaugrundstücke hält sie für die Aktivitäten ihrer städtischen Wohnungsbaugesellschaft vor. Mittlerweile lebt von ca. 72.000 Einwohnern jeder 8. Aschaffener in den rund 3.200 Wohnungen der Stadtbau GmbH.

Die Stadtbau GmbH wird bis 2033 rund 500 neue Wohnungen errichten, fast alle im geförderten Wohnungsbau. Rund 300 Wohnungen werden dabei zusätzlich entstehen, also nicht anstelle von bereits vorhandenen Wohnungen.

Die Stadt wird trotz kritischer Finanzsituation auch in diesem Jahr alle Gewinne in der Stadtbau GmbH belassen. Alles zusammen ein starkes Signal für den Aschaffener Wohnungsmarkt.

Die Digitalisierung

Fünfter Bereich, den ich hier aus dem Gesamthaushalt herausheben will, ist der Bereich der Digitalisierung.

Wir sind uns bewusst, dass unsere städtische Website, die seit 2008 besteht, modernisiert werden muss. Deshalb haben wir Mittel für einen Relaunch vorgesehen. Ziel ist es, eine benutzerfreundlichere Plattform zu schaffen, die mit neuer Technologie und Elementen künstlicher Intelligenz ausgestattet ist, um den Zugang zu Informationen zu vereinfachen und die Verwaltung zu entlasten.

Wir haben über 140 Online-Dienste und damit rund 30.000 Anträge, die wir nicht mehr am Schalter der Verwaltung, sondern online erledigen. Ein weiteres brandaktuelles Beispiel ist der digitale Bauantrag, der seit dem 1. Februar eine schnellere Bearbeitung ermöglicht und sowohl für die Verwaltung als auch für die Antragsteller von Vorteil ist.

Mit der Einführung einer Dokumentenabholstation bieten wir einen Service, der es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Dokumente jederzeit abzuholen.

Auch die neuen Beteiligungsformen, die wir eingeführt haben, zeigen, dass wir offen sind für die Meinungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger, besonders bei emotional wichtigen Themen.

Wir arbeiten kontinuierlich daran, die Digitalisierung in unserer Stadt voranzutreiben, um die Verwaltung effizienter und den Zugang zu Informationen und Dienstleistungen einfacher zu gestalten.

Klimawandel und Klimaanpassung

Schließlich möchte ich als letzten großen Bereich in unserem diesjährigen Haushalt den Bereich herausheben, der sich mit den Folgen des Klimawandels befasst und dem Klimawandel entgegenwirken soll.

Obwohl der Klimaschutz nach wie vor nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehört, hat die Stadt trotz der schwierigen Finanzsituation das Investitionsvolumen für Klimaschutz und Klimaanpassung zumindest auf Vorjahresniveau gehalten.

Zu diesem Paket gehören zum einen Investitionen in konzeptionelle Maßnahmen wie Klimaanpassungs- und Klimaquartiersmanagement in Höhe von rund 230.000 €, die Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung mit rund 200.000 € und die Finanzierung der Regionalen Energieagentur und der Regionalen Energiewerk GmbH mit rund 80.000 €.

Hierzu gehören zum anderen auch Investitionen in die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des ÖPNV.

Als Beispiele möchte ich den inzwischen üblichen Ansatz von 1 Mio € in den Ausbau der Radwegeinfrastruktur nennen, die Beteiligung an der Nahverkehrsgesellschaft AMINA mit Betriebskosten von jährlich 150.000 € und die diversen ÖPNV-Sondertarife, die im neuen Jahr mindestens 400.000 € im Kernhaushalt kosten werden.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch, dass der ÖPNV-Bereich im Eigenbetrieb Stadtwerke in 2024 bei 16 Mio € Ausgaben voraussichtlich mit einem Verlust von 8 Mio € abschließen wird.

Hierzu gehören schließlich auch sonstige Ausgaben mit Klimarelevanz wie die 1,8 Mio € für den Forstbetrieb, das interne Contracting mit 250.000 €, die LED-Umrüstung bei Sportplätzen und Straßenbeleuchtung mit 430.000 €, das Bäumeprogramm mit rund 100.000 € oder die Entsiegelung und Begrünung des Stadtteilplatzes am Ulmenweg mit rund 150.000 €.

Auch hier lohnt sich wieder ein Blick auf den Wirtschaftsplan der Stadtwerke, wo rund 12 Mio € für klimarelevante Investitionen - vom Wasserstoffbus bis zum Solardach auf dem Parkhaus Löhergraben - bereitgestellt werden. Auf entsprechende Investitionen der Aschaffener Versorgungsgesellschaft will ich hier nicht näher eingehen.

Diese Investitionen in den Klimaschutz sind Bestandteil eines nachhaltigen Haushalts im Sinne der 17 Ziele der AGENDA 2030. Das AGENDA-Ziel 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ stellt dies ausdrücklich fest.

Aber auch die anderen dargestellten wesentlichen Bereiche des Haushaltsplanes spiegeln AGENDA-Ziele wieder:

- Die Investitionen in den Klinikumsbetrieb das AGENDA-Ziel 3 „Gesundheit und Wohlergehen“
- Die Investitionen im Schulbereich das AGENDA-Ziel 4 „Hochwertige Bildung“
- Die Investitionen im Kanalbereich das AGENDA-Ziel 6 „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“.
- Die Investitionen im Bereich Wohnen und Digitalisierung das AGENDA-Ziel 11 „nachhaltige Städte und Gemeinden“

Aber auch solide Staatsfinanzen und damit solide Kommunalfinanzen sind ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung eines Gemeinwesens.

Ich denke, dass dieser Haushalt dem Anspruch an solide Kommunalfinanzen gerecht wird.

- Wieder haben wir es geschafft, trotz widriger Ausgangsbedingungen die gesetzlich vorgesehene Mindestzuführung zu erreichen und das mit seriös kalkulierten Haushaltsansätzen.
- Wieder ist es uns auch gelungen, die Neuverschuldung faktisch auf null zu halten. Die momentan vorgesehene minimale Neuverschuldung werden wir wohl im Lauf des Jahres aus Rücklagenzuwächsen kompensieren können.

- Und wieder konnten wir eine weitgehende Kürzung der freiwilligen Leistungen vermeiden.

Auch der Organisationsentwicklungsprozess, den wir seit nunmehr zwei Jahren unter große Beteiligung der Stadtverwaltung durchführen, wird zu stabilen Finanzen und leistungsfähiger Verwaltung beitragen.

Der Analyseprozess ist mit nach aktuellem Stand 263 Handlungsempfehlungen nahezu abgeschlossen. Es fehlen nur noch die Handlungsempfehlungen für das Referat 4 und die übergreifenden Handlungsempfehlungen.

Am 26. September haben wir die Abschlussveranstaltung der Analysephase eins. Und dann gehen wir ab 2025 in die Umsetzungsphase. Die wird etwa bis 2030 dauern.

Unabhängig davon sind die sogenannten Quick Wins auch schon abgeschlossen, aber die übergreifenden Handlungsempfehlungen sind auch schon in der Umsetzungsphase.

Wir werden bis 2032 zwischen 800 und 900 Beschäftigte verlieren. Diese müssen wir aus einem immer kleiner werdenden Fachkräftemarkt rekrutieren. Das wird uns qualitativ nicht gelingen.

Deshalb müssen wir die Prozessoptimierung dringend angehen. Durch gesetzliche Veränderungen und durch Digitalisierung in den Arbeitsstrukturen lassen sich Prozesswege, vor allem aber Zeiten auch verkürzen.

Wir haben in diesem Haushalt einen kleinen Einstieg in das digitale Prozessmanagement gemacht. Wir werden auch in den nächsten Jahren qualifizierte Fachkräfte in den Zukunftsfeldern brauchen, und wir müssen sie auch einstellen, solange sie auf dem Arbeitsmarkt noch verfügbar sind.

Wir müssen aber auch das Instrument des Projektmanagements bei Stellenbesetzungsverfahren, aber auch bei Stellenanträgen einsetzen. Vor allem aber muss bei einer neuen Stelle auch eine Stellenbeschreibung erstellt werden, um zu sehen, ob diese Tätigkeit vielleicht schon woanders gemacht wird. Aber auch für die generelle Eingruppierung ist das wichtig. Nur so können wir Doppelarbeit abbauen.

Das alles erhält Spielräume für die Zukunft und lässt uns etwas zuversichtlicher auf die enormen finanziellen Herausforderungen der nächsten Jahre blicken.

Angesichts erschöpfter Rücklagen und voraussichtlich deutlich steigender Neuverschuldung stehen uns schwere Jahre bevor. Umso erfreulicher ist es, dass es uns ein weiteres Jahr gelungen ist, die Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge in unserer Stadt zu stärken, ohne die Bürgerinnen und Bürger wesentlich stärker zu belasten.

Abschließend möchte ich mich für Ihr konstruktive Mitwirkung an den Haushaltsberatungen im Allgemeinen und die Zurückhaltung bei neuen Ausgabenvorschlägen ausdrücklich bedanken und hoffe, dass der Haushaltsentwurf auf breite Zustimmung stößt.

Jürgen Herzing